

Infobrief März 2015 Nr.: 1

- Streit über Kirchenasyl vorerst beendet - Engere Zusammenarbeit mit Behörden - Zunächst keine Verschärfung der Bedingungen
- Präses Kurschus: Religion enthält Potenzial zur Verkehrung ins Gegenteil
- EAK-Arbeitskreis begrüßt Urteil zu US-Deserteur
- Bundesinnenminister: Christentum nicht zuerst von außen bedroht
- Warnung des Zentralrats der Juden schreckt Politik auf Maas: Wir tun alles, um jüdisches Leben zu schützen
- Bericht: Mehr antisemitische Straftaten in NRW
- Zentralrat der Muslime für Islamgesetz in Deutschland - Khorchide lobt Verbot der Auslandsfinanzierung
- NRW-Integrationsminister: Islamgesetz in Deutschland »entbehrlich«
- CDU-Politiker fordern Stärkung der Islam-Ausbildung Kritik an »Import-Imamen« aus der Türkei
- Verbrechen in der Nachbarschaft Im Frühjahr 1945 wurden Hunderttausende KZ-Häftlinge auf Todesmärsche getrieben
- Tag der Gerechten - NRW-Landtag ehrt Schriftsteller für Zivilcourage
- Amnesty: 2014 war schwarzes Jahr für Menschenrechte
- »Women Without Walls Initiative« Nigerianische Pastorin erhält Niwano-Friedenspreis
- Bundestag Bundeswehreininsatz in Mali wird fortgesetzt
- Österreich erhält neues Islamgesetz Verbot der Auslandsfinanzierung islamischer Religionsgemeinschaften angestrebt

Infobrief März 2015 Nr.: 1

Streit über Kirchenasyl vorerst beendet Engere Zusammenarbeit mit Behörden - Zunächst keine Verschärfung der Bedingungen

Berlin (epd). In der Auseinandersetzung über das Kirchenasyl haben sich Behörden und Kirchenvertreter auf einen Kompromiss verständigt. Die Kirchen sollen in einem sechsmonatigen Pilotprojekt Fälle, die in einem Kirchenasyl münden könnten, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) überprüfen lassen. Das gaben Vertreter beider Seiten am Freitag bekannt. Das Bundesamt verzichtet im Gegenzug darauf, die Abschiebefrist für die besonders umstrittenen Dublin-Fälle zu verlängern. Der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei Regierung und Parlament, Martin Dutzmann, sagte in Berlin, es sei gelungen, die Wogen im Streit um das Kirchenasyl zu glätten. Das Kirchenasyl sei eine christlich-humanitäre Tradition, »auf die wir sehr viel Wert legen«, sagte der frühere Lippische Landessuperintendent. Gleichzeitig unterstrich er, das Kirchenasyl sei kein Instrument, das über dem Recht stehe. Das Bundesinnenministerium bestätigte den Verzicht auf die Verlängerung der Abschiebefrist. Diese werde »erst einmal nicht diskutiert«, sagte ein Sprecher dem Evangelischen Pressedienst (epd). Innenminister Thomas de Maizière (CDU) erklärte, beide Seiten hätten sich darauf verständigt, dass die Gewährung von Kirchenasyl nur in Einzelfällen bei »begründbaren und belegbaren besonderen Härten« in Betracht komme. Die Tradition des Kirchenasyls werde nicht infrage gestellt, doch solle mit dem Mittel nicht das Ziel verfolgt werden, eine »systematische Kritik« am EU-Asylrecht zu üben. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die stark steigende Zahl von Kirchenasylen in Deutschland. Gegenwärtig sind mindestens 411 Flüchtlinge in Kirchengemeinden untergebracht, unter ihnen 125

Kinder. Die Zahl hat sich seit Anfang 2014 fast versiebenfacht. De Maizière hatte den Kirchen vorgeworfen, sich mit ihrer Praxis über geltendes Recht zu stellen. Er verglich das Kirchenasyl mit der islamischen Scharia. Diesen Vergleich nahm der Minister später zurück. Die meisten der Menschen im Kirchenasyl fallen unter die Dublin-Bestimmungen. Laut diesen müssen Flüchtlinge in jenem EU-Staat Asyl beantragen, über den sie zuerst nach Europa eingereist sind. Um dies durchzusetzen, können EU-Staaten die Flüchtlinge in den jeweils anderen Staat abschieben. Weil die dafür geltende Frist von sechs Monaten häufig überschritten wird, drohte das BAMF, die Frist auf 18 Monate heraufzusetzen. Dies würde das Kirchenasyl für Gemeinden erheblich erschweren. Dutzmann betonte, dass auch künftig jede Gemeinde selbstständig über die Aufnahme von Asylbewerbern entscheide. Die Gemeinden gingen damit verantwortungsvoll um. Für die Kirchen sei das Kirchenasyl kein Instrument, um das Dublin-Verfahren infrage zu stellen oder zu unterlaufen. Um das Verfahren zu kritisieren, nutze man politische Kontakte, sagte Dutzmann. Der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Karl Jüsten, äußerte sich erleichtert darüber, dass das Kirchenasyl bis Herbst möglich sei wie bisher. Er verwies auf die Zahl von derzeit 226 Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren. Angesichts der mehr als 200.000 Asylverfahren im vergangenen Jahr »unterstreicht diese geringe Zahl den Charakter des Kirchenasyls als Nothilfe«, betonte er. Vertreter von Kirchen und Parteien begrüßten die Einigung. Der Leitende Bischof der deutschen Lutheraner, Gerhard Ulrich, sagte, sich um bedrohte Flüchtlinge zu kümmern, gehöre zum Kernbestand des christlichen Glaubens. Nach den Worten des kirchenpolitischen Sprechers der Unions-Bundestagsfraktion, Franz Josef Jung, lässt die verbesserte Zusammenarbeit im Einzelfall den Spielraum, den die Kirchen benötigten, um ihrem christlichen Zeugnis nachzukommen, »ohne gleichzeitig den gesetzlichen Rahmen des Rechtsstaates infrage zu stellen«. Beim Kirchenasyl werden Flüchtlinge ohne legalen Aufenthaltsstatus zeitlich befristet von Kirchengemeinden beherbergt. Ziel ist, in Härtefällen eine unmittelbar drohende Abschiebung zu verhindern und eine erneute Prüfung des Falles zu erreichen. Das Kirchenasyl bewegt sich in einer rechtlichen Grauzone.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _2

Präses Kurschus: Religion enthält Potenzial zur Verkehrung ins Gegenteil

Bielefeld (epd). Die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, hat religiös motivierte Ausgrenzung und Gewalt verurteilt. In den Medien sei gegenwärtig zu sehen, »wie Religion mit brutalen Alleinherrschaftsansprüchen Schlimmes anrichtet«, sagte Kurschus am Sonntag in einer Predigt in Bielefeld. Der Hinweis, Verbrechen im Irak und in Syrien oder die Terrorangriffe in Paris und Kopenhagen hätten mit recht verstandener Religion nichts zu tun, klinge aufrichtig, aber zugleich hilflos. Denn Religion und Glaube seien immer zwiespältig. Dort, wo die Grenze zwischen Gott und Mensch nicht anerkannt werde, könne Gewalt drohen im Namen eines instrumentalisierten Gottes, erklärte die Präses. »Nicht selten waren es die höchsten Motive und ehrwürdigsten Traditionen der Religionen, die tiefsten Leid verursachten, barbarische Taten hervorbrachten und hohe Leichenberge schufen«, sagte Kurschus weiter. Auch christlich motivierte Aggression finde statt. Als Beispiel nannte Kurschus den von der orthodoxen Kirche befeuerten russischen Nationalismus, die Verfolgung von Homosexuellen in vielen Staaten Afrikas oder den Irakkrieg vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush, den der evangelikale »Bible Belt« der Südstaaten in den USA als gottgewollt ansah. In jeder Religion sei das Potenzial zur Verkehrung ins Gegenteil enthalten. Die menschliche Versuchung, Gott nicht Gott sein zu lassen, ihn vor den eigenen Überzeugungskarren zu spannen und Macht in seinem Namen auszuüben, sei der Schatten des Glaubens, erklärte Kurschus. »Die Versuchung, sich als Gotteskind zu beweisen und gerade so misszuverstehen. Gottes Nähe zu missbrauchen.« Das zu hinterfragen, geschehe durch ständige Neuinterpretation der Heiligen Schriften. »Eine große, anstrengende Mühe. Sie lohnt sich«, betonte die leitende Theologin von rund 2,4 Millionen evangelischen Christen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _3

EAK-Arbeitskreis begrüßt Urteil zu US-Deserteur

Bonn/Luxemburg (epd). Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum desertierten US-Soldaten André Lawrence Shepherd begrüßt. »Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht«, sagte der Bundesvorsitzende Christoph Münchow in Bonn. Das höchste EU-Gericht urteilte am Donnerstag, dass Deutschland über den Asylantrag des vor dem Irakkrieg desertierten Shepherd entscheiden muss. Demnach kann Fahnenflucht

unter bestimmten Umständen einen Asylanspruch begründen. (AZ: C-472/13) Soldaten müssten jederzeit den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigern können, betonte Münchow. »Wenn Einsätze von Soldaten politisch umstritten sind, weil es möglicherweise unterschiedliche völkerrechtliche Beurteilungen gibt, dann muss ein Soldat hier auch Nein sagen können«, sagte der Vorsitzende des kirchlichen Arbeitskreises, der Teil der Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist. Kriegsdienstverweigerung sei ein unverzichtbarer Teil der Glaubens- und Gewissensfreiheit, ergänzte Geschäftsführerin Maria Schiffels. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs können Deserteure nach EU-Recht einen Asylanspruch haben, wenn die Fahnenflucht die einzige Möglichkeit für sie ist, sich nicht mittelbar oder unmittelbar an Kriegsverbrechen zu beteiligen. Das Verwaltungsgericht München muss nun prüfen, ob das bei Shepherd der Fall ist und ob die USA im Irak Kriegsverbrechen begangen haben. Der heute 37-Jährige Hubschraubermechaniker hatte sich 2004 als Berufssoldat in der US-Armee verpflichtet. 2005 wurde er erstmals im Irak eingesetzt. Nach seiner Rückkehr zu seiner Einheit in Bayern wurde er 2007 erneut dorthin abkommandiert. Daraufhin tauchte Shepherd in Deutschland unter und beantragte Asyl. Er argumentierte, er habe sich zwischenzeitlich mit der Rechtmäßigkeit des Irakkrieges auseinandergesetzt und sei überzeugt, dass die USA dort einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wies Shepherds Asylantrag 2011 ab. Dagegen klagte der Soldat vor dem Verwaltungsgericht München, das den Fall dem Europäischen Gerichtshof vorlegte, weil es um EU-Recht geht.

Bundesinnenminister: Christentum nicht zuerst von außen bedroht

Hamburg (epd). Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat es als Irrtum bezeichnet, die Zukunft des Christentums in Europa in erster Linie von außen bedroht zu sehen. Christliche Gemeinschaften müssten sich selbstkritisch fragen, ob sie ihren Glauben noch mit Leidenschaft und Liebe lebten, sagte der Politiker am 27. Februar in Hamburg beim Kongress christlicher Führungskräfte. De Maizière kritisierte, dass manche Unternehmen zu Weihnachten nur noch »Glückliche Festtage« wünschten und in manchen Kindergärten kein Weihnachtsbaum mehr aufgestellt werde. Der Minister erinnerte daran, dass sich die Zahl der Protestanten in Deutschland von 43 Millionen im Jahr 1950 auf heute 24 Millionen fast halbiert habe. Christen seien dazu aufgerufen, Profil zu zeigen, verantwortungsvoll zu leben und Brücken zu anderen zu bauen. Sein persönlicher Kompass sei das christliche Menschenbild und der »Glaube an den lebendigen Gott«. Der 9. Kongress christlicher Führungskräfte mit 3.000 Teilnehmern endete am 28. Februar. Prominenteste Kongress-Redner waren neben dem Bundesinnenminister der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, der Bestsellerautor Manfred Lütz und die Chefin der Automarke »smart« innerhalb der Daimler AG, Annette Winkler. Veranstalter ist die Evangelische Nachrichtenagentur idea (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit der Firma »tempus Akademie & Consulting« (Giengen bei Ulm).

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _8

Warnung des Zentralrats der Juden schreckt Politik auf Maas: Wir tun alles, um jüdisches Leben zu schützen

Berlin/Köln (epd). Die Warnung des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Juden sollten sich überlegen, wo sie sich zu erkennen geben, hat die Politik alarmiert. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sicherte den in Deutschland lebenden Juden erneut umfassende Sicherheit zu. »Juden sollten sich niemals wieder in Deutschland verstecken müssen«, sagte Maas dem in Berlin erscheinenden »Tagesspiegel« (28. Februar) und betonte: »Wir tun alles, um jüdisches Leben bei uns zu schützen«. Jeder Übergriff gegen Juden sei »einer gegen uns alle.« Wer jüdisches Leben attackiere, werde »mit der ganzen Härte des Rechtsstaates verfolgt werden.« Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hatte am Donnerstag Juden davor gewarnt, in überwiegend von Muslimen bewohnten Stadtvierteln - besonders in Berlin - die Kippa zu tragen. Juden sollten sich zwar nicht aus Angst verstecken, und die meisten jüdischen Einrichtungen seien gut gesichert. Dennoch stelle sich die Frage, ob es sinnvoll sei, sich in bestimmten Vierteln als Jude zu erkennen zu geben. Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder (CDU), wertete Schusters Warnung als »Alarmsignal«. Die Äußerung unterstreiche »auf dramatische Weise, wie verunsichert jüdische Mitbürger in unserem Land mittlerweile sind«, sagte der CDU-Politiker. Gesellschaft und Staat müssten alles unternehmen, dass sich Juden in Deutschland sicher fühlen können. Jeder habe das Recht, seine Religion frei zu leben. Dazu gehöre auch, dass Gläubige sich nach außen zu erkennen geben können, unterstrich Kauder: »Dies muss jeder in unserer Gesellschaft tolerieren.« Der Zentralrat der Muslime äußerte Verständnis für die Ängste der Juden in Deutschland. »Diese Ängste sind berechtigt«, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek der

»Berliner Zeitung« (27. Februar). Zugleich unterstrich er, »Angriffe auf Juden sind ein Angriff auf unsere Gesellschaft«. In einer Zeit, in der auch die Islamfeindlichkeit zunehme, plädierte er dafür, den antisemitischen und antimuslimischen Strömungen gemeinsam entgegenzutreten. Mazyek verwies darauf, dass sich sein Verband in aller Klarheit von den Übergriffen muslimischer Jugendlicher auf Juden distanziert habe. Mazyek warnte zugleich davor, die sozialen Spannungen in deutschen Großstädten zu »islamisieren«. Die Verknüpfung der Begriffe »Problemviertel« und »muslimisch« könne missverstanden werden, erklärte er mit Blick auf die Äußerungen Schusters. Die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, sagte, die Angst vieler Juden vor Übergriffen und physischer Gewalt habe einen realen Hintergrund. Tatsächlich seien viele muslimische Jugendliche Antisemiten. Allerdings sei weder der Islam noch der Islamismus das Problem. Antisemitismus sei vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Gefahr. Auch der Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Grüne) warnte davor, die Debatte auf Muslime verkürzen. Die Sorgen Schusters müsse man aber ernst nehmen. »Es gibt in Deutschland Gegenden, in denen sollte man sich besser nicht als Jude, Homosexueller, Muslim oder Migrant zeigen oder zu erkennen geben«, sagte Beck der »Berliner Zeitung«. Mit solchen »No-Go-Areas« dürfe man sich jedoch nicht abfinden. Der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, sieht aktuell keine Gefahr für Juden in Deutschland. Es gebe keine konkreten Hinweise auf Anschläge auf jüdische Einrichtungen, sagte Maaßen in Berlin. Allerdings gebe es eine hohe abstrakte Gefahr. Die größte Bedrohung gehe vom islamistischen Terrorismus aus. Es habe aber auch unter den Rechtsextremisten die Gewaltbereitschaft zugenommen, sagte Maaßen beim Jugendkongress des Zentralrates und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite 20

Bericht: Mehr antisemitische Straftaten in NRW

Köln (epd). Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 einem Medienbericht zufolge deutlich gestiegen. Die Kriminalpolizei registrierte 349 Straftaten mit jüdenfeindlichem Hintergrund, wie der WDR in Köln am Freitag unter Berufung auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piratenfraktion berichtete. Das seien 100 Delikte mehr als im Vorjahr und der höchste Stand seit zehn Jahren. In der Antwort von Innenminister Ralf Jäger (SPD) heißt es dem Bericht zufolge, wegen des Nahost-Konflikts gebe es für Juden in NRW eine »aktuelle Gefährdung«, insbesondere durch »fanatisierte Einzeltäter«. Die Zahl der registrierten Gewaltdelikte, vor allem Körperverletzungen, stieg dem Bericht zufolge von 13 im Jahr 2013 auf 19 Fälle im vergangenen Jahr. Bei den anderen Straftaten handelte es sich demnach zumeist um Volksverhetzung und sogenannte Propaganda-Delikte, etwa das Zeigen verbotener Symbole. Propaganda-Delikte würden fast ausschließlich von Rechtsextremisten begangen, berichtete der WDR weiter. Bei Volksverhetzung seien es drei Viertel der Taten, bei 20 Prozent der Fälle seien die Täter ausländische Staatsbürger. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite 21

Zentralrat der Muslime für Islamgesetz in Deutschland Khorchide lobt Verbot der Auslandsfinanzierung

Bonn/Münster (epd). Der Zentralrat der Muslime befürwortet auch für Deutschland ein Islamgesetz nach österreichischem Vorbild. »Wir brauchen so eine Richtung in Deutschland, um wieder Normalität und Selbstverständlichkeit in der muslimischen Community herzustellen«, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek dem Fernsehsender Phoenix in Bonn. Ein solches Gesetz könne dazu beitragen zu zeigen, dass der Islam zu Deutschland gehört. Auch der Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide nannte das österreichische Gesetz ein Vorbild für Deutschland. Am Mittwoch hatte das Parlament in Wien eine Neufassung des Islamgesetzes verabschiedet, das unter anderem Ansprüche auf Seelsorge beim Bundesheer, in Strafanstalten und Krankenhäusern sowie eine islamisch-theologische Ausbildung an der Universität und gesetzliche Feiertage festgelegt. Die anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften erhalten den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Die islamischen Glaubensgemeinschaften werden im Gegenzug etwa dazu verpflichtet, extremistische Imame zu entlassen. Der Zentralrats-Vorsitzende Mazyek erklärte, das Islamgesetz könne gegen Islamophobie und Vorurteile wirken. Zugleich mache es deutlich, dass das Grundgesetz über der Scharia stehe, sagte er in dem Phoenix-Interview, das am Sonntag ausgestrahlt wurde. Mazyek befürwortete auch das Verbot der Auslandsfinanzierung muslimischer Vereine und die Ausbildung von Imamen in Deutschland. Auch der Islamwissenschaftler Khorchide begrüßte das Verbot der Auslandsfinanzierung, das in der Türkei und bei österreichischen Islamverbänden auf Kritik gestoßen war. »Der Einfluss ausländischer Regierungen und anderer Gruppierungen auf Muslime ist in vielen Ländern Europas ein Problem«, sagte der Leiter des Zentrums für

Islamische Theologie der Universität Münster dem Nachrichtenmagazin »Spiegel«. Etwa 60 der 300 muslimischen Prediger in Österreich würden aus der Türkei entsandt, in Deutschland sei der Anteil ähnlich hoch. »Die türkische Regierung übt auf diese Weise eine Kontrolle über Migranten aus«, sagte Khorchide. Zudem würden militant-salafistische Vereine in Österreich wie Deutschland ohne Finanzierung aus Saudi-Arabien kaum überleben. (siehe auch Seite 52)

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _23

NRW-Integrationsminister: Islamgesetz in Deutschland »entbehrlich«

Berlin/Düsseldorf (epd). Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) hält ein Islamgesetz nach österreichischem Vorbild in Deutschland für »entbehrlich«. Zunächst müsse ein breiter Dialog mit den islamischen Spitzenverbänden geführt werden, sagte Schneider am 2. März im Deutschlandradio Kultur in Berlin. CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn fordert hingegen schärfere Regeln für Islam-Gemeinden nach dem österreichischen Modell. NRW-Minister Schneider erklärte, vieles, was in Österreich durch das Islamgesetz geregelt sei, spiele auch in Deutschland eine große Rolle, etwa islamische Beerdigungsriten. Diese Dinge müssten geregelt werden, wenn in der Realität umgesetzt werden solle, dass der Islam zu Deutschland gehört, sagte Schneider: »Und das ist natürlich der Fall.« In Nordrhein-Westfalen verhandle die Landesregierung bereits mit den Spitzenverbänden der Muslime. Ziel sei aber kein Islamgesetz, vielmehr wolle man die Verfasstheit des Islam herbeiführen - ähnlich wie mit den großen christlichen Kirchen oder mit den jüdischen Gemeinden. Dazu müssten sich die derzeit noch oft zerstrittenen Verbände der Muslime in inhaltlichen Fragen einig sein - »sonst wird das Ganze sehr kompliziert«. Zur Diskussion um ein Verbot der Auslandsfinanzierung muslimischer Gemeinden und Imame sagte Schneider, Spenden seien durchaus möglich. Auch die Muslime in Deutschland spendeten »unglaublich viel«. Der CDU-Politiker Spahn sprach sich indes in der »Bild«-Zeitung (2. März) für ein solches Verbot aus. Beide Politiker halten eine geregelte Ausbildung von Imamen in Deutschland für notwendig, die dann auch in den Gemeinden arbeiten. In der vergangenen Woche hatte das österreichische Parlament eine Neufassung des Islamgesetzes verabschiedet, das unter anderem Ansprüche auf Seelsorge beim Bundesheer, in Strafanstalten und Krankenhäusern sowie eine islamisch-theologische Ausbildung an der Universität und gesetzliche Feiertage festlegt. Die anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften erhalten den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Die islamischen Glaubensgemeinschaften werden im Gegenzug etwa dazu verpflichtet, extremistische Imame zu entlassen. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _24

CDU-Politiker fordern Stärkung der Islam-Ausbildung Kritik an »Import-Imamen« aus der Türkei

Düsseldorf (epd). Unionspolitiker fordern eine Stärkung der theologischen Ausbildung von Muslimen in Deutschland. Es würden mehr Imame und Islam-Lehrer benötigt, die sich um eine zeitgemäße Auslegung des Korans bemühen, heißt es in einem Thesenpapier der nordrheinwestfälischen CDU-Politiker Serap Güler, Günter Krings, Thomas Kufen und Jens Spahn, das auf der Webseite der Gruppe »CDU 2017« veröffentlicht wurde. Deshalb müssten Bund und Länder die Hochschulen mit islamischen Lehrstühlen finanziell stärker unterstützen. Islamische Prediger, die aus der Türkei nach Deutschland geschickt werden, seien dagegen ein Hindernis für die Integration von Muslimen, kritisieren die vier CDU-Politiker in dem Papier, über das am Freitag zuerst die »Rheinische Post« in Düsseldorf berichtete. »Viele von ihnen kennen weder unsere kulturellen Gepflogenheiten noch sprechen sie unsere Sprache.« Das sei nicht nur für die Integration, sondern auch für die Seelsorge und den interreligiösen Dialog hinderlich. In Deutschland geborene Muslime fühlten sich zudem von diesen »Import-Imamen« nicht mehr angesprochen. Sie würden als fremder und »weniger cool« empfunden als etwa Hassprediger wie Pierre Vogel und Sven Lau. »Nur wer den Alltag der Muslime, insbesondere der Jugendlichen in Deutschland kennt, kann als Imam oder Religionslehrer lebensnah predigen und lehren«, betonen die Verfasser des Papiers, die zur »CDU 2017« gehören, einer Gruppe jüngerer Unionspolitiker. Unter der Überschrift »Für einen Islam mitteleuropäischer Prägung« verlangen sie eine stärkere Unterstützung von Bund und Ländern für die Hochschulen in Deutschland mit islamischen Lehrstühlen. Dies dürfe nicht nur für die angehenden Lehrer im Fach Islam-Unterricht gelten. Auch die Ausbildung von Imamen und Seelsorgern zum Beispiel für Haftanstalten müsse vorangetrieben werden. Auch sie hätten direkten Einfluss auf die muslimischen Gemeinden und Gläubigen. »Es ist natürlich nicht Aufgabe der deutschen Politik, eine Reformation des Islams zu betreiben«, betonen die Autoren des Papiers. Dies müssten die Muslime selbst tun. Wer für eine zeitgemäße Deutung des Korans im europäischen Kontext stehe, müsse sich aber »auf unsere Unterstützung verlassen können«, fordern die Bundestags- und Landtagsabgeordneten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht das Land mit dem Zentrum für islamische Theologie und

Religionslehre in Münster bereits gut aufgestellt. »Das enorme Interesse von Studierenden an der islamischen Theologie in Münster zeigt, dass wir da auf dem richtigen Weg sind«, sagte der Pressesprecher des NRW-Wissenschaftsministeriums, Hermann Lamberty, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Alle Beteiligten seien sich darüber im klaren, dass es auf Dauer mit »nur« vier Hochschulen nicht getan sein könne, die islamische Religionslehrer ausbilden, räumte Lamberty ein. Auch die Universität Paderborn habe ein großes Interesse daran, in diesen Kreis aufgenommen zu werden. Doch die personelle Aufbauarbeit solcher Zentren sei zeitintensiv, weil es in Deutschland bisher an islamisch-theologischer Expertise fehle. Zentren für islamische Theologie gibt es bislang in Frankfurt/Gießen, Münster/Osnabrück, Erlangen-Nürnberg und Tübingen. epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite 24

Verbrechen in der Nachbarschaft Im Frühjahr 1945 wurden Hunderttausende KZ-Häftlinge auf Todesmärsche getrieben

Celle/Nordhausen (epd). Albert van Dijk hat eine große Familie. Sechs Söhne, 14 Enkel und mehrere Urenkel zählt der Witwer aus den Niederlanden stolz auf. »Wer einen Menschen rettet, rettet ein ganzes Volk«, sagt er. Der 90-Jährige hat die nationalsozialistischen Konzentrationslager und einen Todesmarsch überlebt. Dass er überlebte, war Zufall, erzählt er. Tagelang war er im April 1945 zu Fuß unterwegs mit vielen anderen aus dem Lager Mittelbau-Dora bei Nordhausen: »Immer mehr Häftlinge blieben vor Erschöpfung und Entkräftung liegen und wurden erschossen«. Unterwegs begegneten ihm Männer, Frauen und Kinder. »Sie kamen neugierig von den Feldern angelaufen«. Doch niemand erbarmte sich. Stattdessen hörte er eine Frau sagen: »Schießt sie ja alle kaputt.« Im Frühjahr 1945, in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs, trieben die Nationalsozialisten Hunderttausende Gefangene wie den Zwangsarbeiter Albert van Dijk aus den KZs durch Deutschland, Österreich und Tschechien. »Die Todesmärsche waren das NS-Verbrechen, das sich am stärksten in der Nachbarschaft und unter der Beteiligung der deutschen Bevölkerung abspielte«, sagt der Leiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Celle, Jens-Christian Wagner. Die SS ließ frontnahe Konzentrationslager räumen, um zu verhindern, dass die Alliierten die Häftlinge befreiten. Bis auf die Knochen abgemagerte Menschen schleppten sich zu Fuß voran oder wurden in überfüllte Güterwaggons gepfercht, tagelang ohne Essen und Trinken. Sie wurden von einem Lager ins nächste gebracht, teils auf regelrechte Irrfahrt geschickt. Allein in Nordwestdeutschland waren Wagner zufolge im April vor 70 Jahren 60.000 KZ-Häftlinge aus Neuengamme bei Hamburg, Mittelbau-Dora im Harz und Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide auf Todesmärschen unterwegs. »Wer zurückblieb, hat sein Todesurteil unterschrieben.« Mit zwei Ausstellungen wollen die Gedenkstätten Bergen-Belsen in Niedersachsen und Mittelbau-Dora in Thüringen im April gemeinsam an die Todesmärsche erinnern - und daran, wie diese Verbrechen jahrzehntelang verdrängt wurden. Denn nicht nur die SS-Wachleute griffen zu den Waffen. Wie in Celle nahe Bergen-Belsen machte auch die Zivilbevölkerung Jagd auf Häftlinge, die sich aus bombardierten Zügen befreien konnten. Albert van Dijk entkam bei Gardelegen in Sachsen-Anhalt nur knapp einer Massaker. Statt zu fliehen, stellte er sich. Andere seien aufgegriffen und in eine Scheune gebracht worden, erzählt er. Das Gebäude mit mehr als 1.000 KZ-Häftlingen wurde in Brand gesetzt. Kaum jemand konnte sich retten. »Solche Massaker passierten überall dort, wo die Todesmärsche nicht weiterkamen«, sagt Jens-Christian Wagner. Nur in Ausnahmefällen habe mal jemand den Menschen geholfen. Von Dezember 1944 bis April 1945 gelangten nach den Forschungen der Gedenkstätte mehr als 100 Transporte und Todesmärsche mit rund 85.000 Männern, Frauen und Kindern in das Lager Bergen-Belsen, das zum Auffang- und Sterbelager wurde. »In jedem Waggon sind zwei bis sechs Tote oder Sterbende auf dem Boden liegengeblieben«, hielt der Franzose Emile Delaunois nach der Ankunft in seinem Tagebuch fest: »Skelette. Einige haben den Mund weit offen und bewegen noch die Lippen und rollen mit beinahe erloschenen Augen.« In dem völlig überfüllten Lager ging das Massensterben weiter. Nach dem Krieg habe eine Mehrheit der Deutschen die Verbrechen in ihrer Nachbarschaft verdrängt, sagt Wagner. Dabei versuchten die Alliierten mit teils drastischen Mitteln, sie ins Bewusstsein zu rücken. So plakatierten sie Fotos von den Leichen, die entlang der Bahnschienen aus Zügen geworfen und dann oft an Ort und Stelle begraben wurden. »Als Spuren der Todesmärsche bleiben die Gräber«, sagt Wagner. Heute erinnern in manchen Orten Initiativen an die Opfer. So wie in Schneverdingen in der Heide. Dort haben Lehrer in den 80er Jahren die Geschichte der Heidebahn erforscht, die durch den Ort geht und Route vieler Transporte war. Im kommenden Jahr soll in einem ehemaligen Draisinenhaus eine kleine Gedenkstätte eingerichtet werden. »Die Stadt unterstützt das, und wir hatten im Kunstunterricht das Thema Denkmalkultur«, sagt Lehrerin Eva Rüggeberg. »Das passte gut zusammen.« Nach einem Wettbewerb wird jetzt der Entwurf der 17-jährigen Schülerin Tamara Deuter umgesetzt. »Eine Mehrheit der Deutschen will von den Verbrechen aber weiterhin nichts wissen«, sagt Historiker Wagner. Und auch Albert van Dijk hat solche bitteren Erfahrungen gemacht. Als Zeitzeuge hat er vor vielen Menschen

gesprächen, auch im Harz war er oft zu Gast. »Heute will man uns glauben machen, die Eltern und Großeltern hätten den Häftlingen Hilfe geleistet«, sagt er. »Aber nirgendwo wollte man uns aufnehmen oder gab man uns zu essen.« *Von Karen Miether (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite 26

Tag der Gerechten NRW-Landtag ehrt Schriftsteller für Zivilcourage

Düsseldorf (epd). Die beiden Schriftsteller Armin T. Wegner und Dogan Akhanli werden vom NRW-Landtag für ihr Engagement für verfolgte Menschen ausgezeichnet. Zum Europäischen Tag der Gerechten am 6. März wurden damit zwei Beispiele für Zivilcourage öffentlich gewürdigt, kündigte der Landtag am Donnerstag in Düsseldorf an. Der 1978 gestorbene Wuppertaler Autor und Jurist Wegner habe seine Bekanntheit genutzt, um sich beispielsweise in seinem »Brief an Hitler« gegen die Ausgrenzung und Verfolgung jüdischer Mitbürger zu stellen. Seine Werke fielen der Bücherverbrennung durch die Nazis zum Opfer. Der Kölner Schriftsteller Akhanli engagiere sich für das Gedenken an die Genozide des 20. Jahrhunderts wie den Völkermord an den Armeniern 1915, erklärte der NRW-Landtag weiter. Der interkulturelle und versöhnungsorientierte Dialog bilde einen Schwerpunkt seines zivilgesellschaftlichen Einsatzes.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite 40

Amnesty: 2014 war schwarzes Jahr für Menschenrechte

Berlin (epd). Amnesty International hat 2014 als schwarzes Jahr für die Menschenrechte bezeichnet. »2014 war ein katastrophales Jahr für Millionen von Menschen, die unter der Bedrohung durch Entführungen, Folter, sexualisierte Gewalt, Anschläge, Artilleriefeuer und Bomben auf Wohngebiete leben mussten«, sagte die Generalsekretärin der deutschen Amnesty-Sektion, Selmin Caliskan, am 24. Februar bei der Vorstellung des jährlichen Menschenrechtsreports in Berlin. Die eskalierenden bewaffneten Konflikte hätten zur größten Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Im Fokus des diesjährigen Amnesty-Berichts stehen nichtstaatliche bewaffnete Gruppierungen wie der »Islamische Staat« (IS) im Irak und Syrien, die islamistische Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria oder die pro-russischen Separatisten im Osten der Ukraine. Die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft auf die zunehmende Gewalt und das Flüchtlingselend sei beschämend, sagte Caliskan: »Hier wurde völlig versagt.« Statt den Schutz der Zivilbevölkerung ins Zentrum internationaler Politik zu stellen, blockierten nationale, geopolitische und wirtschaftliche Interessen ein gemeinsames Handeln und heizten Konflikte noch weiter an, kritisierte die Amnesty-Generalsekretärin. Wer Menschenrechte verletze, bereite den Boden für neue Gewalt: »Das ist die Gleichung!« Der Bericht dokumentiert die Menschenrechtssituation 2014 in 160 Ländern. In 131 Ländern wurden laut Amnesty Menschen gefoltert und anderweitig misshandelt, in 119 Ländern schränkten die Regierungen die Meinungsfreiheit ein. In 18 Staaten registrierte die Menschenrechtsorganisation Kriegsverbrechen oder andere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, in 35 Ländern agierten bewaffnete Gruppen. Mit weltweit 57 Millionen Vertriebenen infolge von Krieg, Terror oder Hunger gab es so viele Flüchtlinge wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg, sagte Caliskan. Allein aus Syrien flüchteten vier Millionen Menschen vor dem Bürgerkrieg. 95 Prozent von ihnen wurden in den Nachbarstaaten aufgenommen. Der Libanon habe über 715 Mal mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen, als die gesamte EU in den vergangenen Jahren, sagte Caliskan. Auch diese Bilanz sei »beschämend«. In vielen Ländern, darunter Russland, Ägypten oder China werden dem Report zufolge Nichtregierungsorganisationen bei ihrer Arbeit behindert und Zivilgesellschaften unterdrückt. Den in Syrien, dem Irak, in Nigeria oder der Ukraine agierenden nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen wirft Amnesty Entführungen, Terror gegen die Zivilbevölkerung, rechtswidrige Tötungen, darunter Massentötungen von Gefangenen und Oppositionellen sowie Verletzungen des Kriegsrechts vor. Russland wirft Amnesty vor, nach der Annexion der Krim die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit beschränkt zu haben. Rund 20.000 Menschen mussten wegen der russischen Besatzung fliehen, in der Ostukraine wurden fast eine Million Menschen vertrieben. Im Fokus der paramilitärischen russischen Gruppen auf der Krim stünden besonders die Krimtataren. Die Bundesrepublik kritisierte Amnesty wegen ihrer Flüchtlingspolitik, diskriminierenden Angriffen auf Asylsuchende und Minderheiten und zu wenige Verbesserungen bei Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen durch Polizeikräfte. So hätten bislang nur Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt. Unabhängige

Kommissionen zur Untersuchung von Polizeigewalt gebe es noch in keinem Bundesland.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _48

»Women Without Walls Initiative« Nigerianische Pastorin erhält Niwano-Friedenspreis

Rom (epd). Die Gründerin der nigerianischen Frauenorganisation »Women Without Walls Initiative«, Esther Abimiku Ibanga, erhält den diesjährigen Niwano-Friedenspreis. Die Pastorin habe Frauen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg zu gemeinsamer Friedens- und Versöhnungsarbeit zusammengeführt, teilte die Jury des mit knapp 150.000 Euro höchst dotierten buddhistischen Friedenspreises am 24. Februar in Rom mit. Der zu Ehren des gleichnamigen buddhistischen Beobachters des Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) gestiftete Preis wird am 14. Mai in Tokio vergeben. Ibanga habe sich mit ihrer 2010 im Bundesstaat Plateau gegründeten Organisation aktiv für Versöhnung zwischen verfeindeten Volksstämmen und Religionen eingesetzt, hieß es in der Begründung für die Preisverleihung. Sie habe sich überdies standhaft für die von der islamistischen Sekte Boko Haram entführten Schulmädchen eingesetzt. Der Niwano-Friedenspreis wird seit 1983 an Persönlichkeiten vergeben, die sich über religiöse Grenzen hinweg für Versöhnung einsetzen. Zu den bisherigen Preisträgern gehören der brasilianische Erzbischof und Befreiungstheologe Helder Camara sowie der Schweizer Theologe Hans Küng. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _48f

Bundestag Bundeswehreinsatz in Mali wird fortgesetzt

Berlin (epd). Der Bundestag hat den Ausbildungs-Einsatz der Bundeswehr in Mali bis 31. Mai 2016 verlängert. Mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD und Grünen verabschiedete das Parlament am 26. Februar ein entsprechendes Mandat. Die Truppenstärke soll von bisher 250 auf 350 Soldaten angehoben werden. Die Linke hatte sich im Vorfeld gegen eine Verlängerung des Einsatzes ausgesprochen. In der namentlichen Abstimmung votierten 516 Abgeordnete für den Einsatz. 61 lehnten das Mandat ab, 3 enthielten sich. Hauptaufgabe der Soldaten ist die Ausbildung malischer Truppen im Rahmen der EU-Mission EUTM. Zudem sieht der Auftrag vor, Führungskräfte und das malische Verteidigungsministerium zu beraten. Das bisherige Mandat läuft zum 28. Februar 2015 aus. Im August soll die Bundeswehr die Führung der Mission übernehmen. In Mali beteiligt sich die Bundeswehr zudem an der UN-geführten Mission MINUSMA (United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali). Bis zu 150 Soldaten können entsendet dafür werden. Das deutsche Mandat für die Mission läuft bis 30. Juni 2015. Im westafrikanischen Mali kämpfen mehrere islamistische Gruppen um Einfluss im Norden des Landes. Im Frühjahr 2012 eroberten sie die Region, wurden aber ab Januar 2013 durch französische und afrikanische Soldaten zurückgeschlagen. Doch in den vergangenen Monaten hat die Gewalt wieder deutlich zugenommen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 10_2015 Seite _49

Österreich erhält neues Islamgesetz Verbot der Auslandsfinanzierung islamischer Religionsgemeinschaften angestrebt

Wien/Frankfurt a.M. (epd). In Österreich erhalten Rechte und Pflichten von Muslimen eine neue Grundlage. Nach kontroverser Aussprache verabschiedete das österreichische Parlament am 25. Februar in Wien ein neues Islamgesetz. Im Nationalrat stimmte eine Mehrheit der Abgeordneten für das Gesetz. Die Zustimmung im Bundesrat Mitte März gilt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse als Formsache. Mehrere islamische Organisationen kündigten unterdessen gegen die Novelle Verfassungsbeschwerden an. Kultusminister Josef Ostermayer (SPÖ) trat dem Vorwurf entgegen, das Islamgesetz stelle die Muslime unter Generalverdacht. Als Hinweis auf die Wirksamkeit des Verbots der angestrebten Auslandsfinanzierung islamischer Religionsgemeinschaften wertete er die Kritik aus der Türkei an diesem Vorhaben. Auch Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) argumentierte, damit habe man wohl einen »wesentlichen Punkt getroffen«, weil manche um ihren Einfluss fürchten. Es handle sich auch nicht um eine Ungleichbehandlung, denn in anderen Religionen würden nicht in großer Zahl Prediger nach Österreich geschickt oder eine dauerhafte finanzielle Unterstützung wie im Islam durch ausländische Staaten geleistet. »Der Islam gehört zu Österreich. Wir haben als erstes Land in Europa den Islam

anerkannt, und das schon 1912«, sagte Kurz, der auch Außenminister ist. Mehrere Abgeordnete der Regierungskoalition von SPÖ und ÖVP hoben den Vorbildcharakter des Islamgesetzes für andere europäische Länder hervor. Nach dem neuen Islamgesetz erhalten die anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Dies betrifft die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich und die Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft. Als Voraussetzung für die Anerkennung nennt das Gesetz einen dauerhaften Bestand, wirtschaftliche Selbstständigkeit und eine positive Grundeinstellung gegenüber Gesellschaft und Staat. Zudem sollen die Religionsgemeinschaften verpflichtet werden, ihre Lehre und wesentlichen Glaubensquellen wie den Koran in deutscher Sprache darzustellen und innerhalb der Religionsgesellschaft bestehende Traditionen angemessen zu berücksichtigen. Der österreichische Bundeskanzler kann aus Gründen der inneren Sicherheit die Anerkennung einer Religionsgemeinschaft ablehnen. Die islamischen Glaubensgemeinschaften werden zudem dazu verpflichtet, Imame zu entlassen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. Darüber hinaus dürfen Muslime eigene Seelsorger bestellen. Zugesichert wird ihnen auch der dauerhafte Erhalt islamischer Friedhöfe, das Recht zu schächten oder zur männlichen Beschneidung. Bis Januar 2016 soll zudem an der Universität Wien eine Ausbildungsstätte für den geistlichen Nachwuchs eingerichtet werden. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezeichnete deren religionspolitischer Sprecher, Franz Josef Jung, das Anliegen des österreichischen Gesetzes als grundsätzlich richtig. Für Deutschland sei ein entsprechendes Gesetz nicht erforderlich. Dennoch sei auch in Deutschland zu fragen, ob es auf Dauer gut sei, wenn Imame aus dem Ausland finanziert und entsandt werden, sagte der Unionspolitiker. Der Göttinger Staatsrechtler Hans Michael Heinig sieht in dem österreichischen Islamgesetz kein Vorbild für Deutschland. »Die Voraussetzungen für Religionsunterricht, Militär- und Gefängnisseelsorge oder den öffentlich-rechtlichen Status sind von Verfassung wegen für alle Religionsgesellschaften gleich und Verträge benötigen die Zustimmung beider Seiten«, sagte Heinig dem epd. Einzelne Bestimmungen des österreichischen Islamgesetzes, wie Lehrstühle für islamische Theologie und besonderen Feiertagsschutz seien in Deutschland bereits rechtlich geregelt. Richtig erscheint dem Staatsrechtler das Ziel, einer Abhängigkeit der islamischen Verbände und Gemeinden von ausländischen Geldgebern entgegenzuwirken. Allerdings äußerte Heinig Zweifel, ob ein striktes Finanzierungsverbot das richtige Mittel für einen freiheitlichen Verfassungsstaat sei. Zumindest müsste sich dann der Staat selbst stärker finanziell engagieren, gab er zu bedenken.